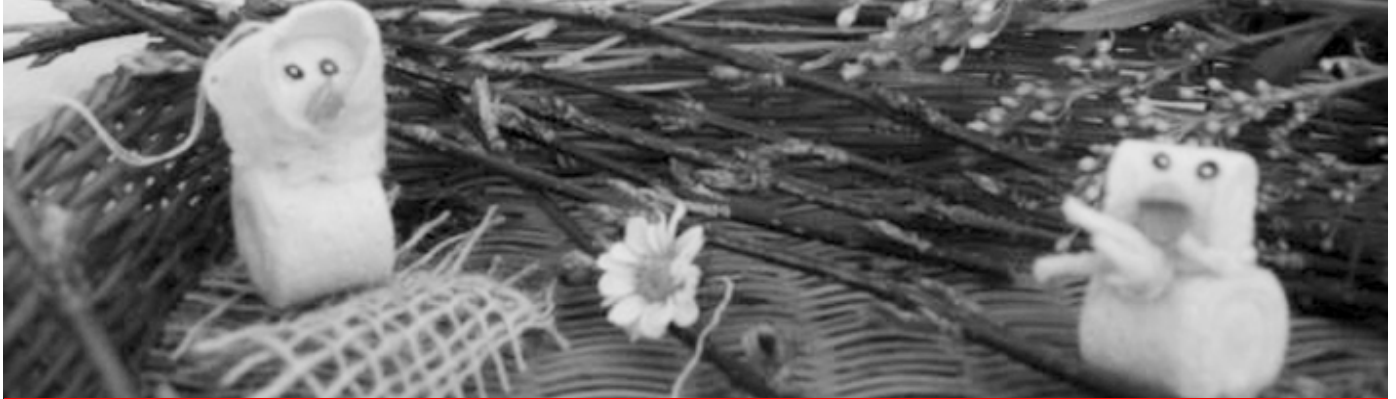


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Europaparteitag 2009

DIE LINKE wirkt – auch in Europa. Dies haben wir auf dem Europaparteitag in Essen deutlich gemacht. Gut für die Europawahl gerüstet, haben wir das Europawahlprogramm beschlossen. Darin machen wir in Zeiten der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte deutlich, welche wichtige Funktion die Europäische Union wahrnehmen müsste – aber nicht nimmt. Wir brauchen jetzt eine Wirtschaftsregierung, um die notwendigen Maßnahmen zur Rettung unserer Wirtschaft koordinieren zu können. Wir möchten eine soziale und ökologische Europäische Union, in der die Rahmenbedingungen für eine Wirtschaft für alle gesetzt werden. Wir treten für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik ein und eine solidarische Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen. Wir möchten in Europa gute Arbeit für alle und eine wirksame Sozial- und Umweltunion. In dem nun beschlossenen Programm machen wir konkrete Vorschläge für eine verantwortungsvolle Agrarpolitik, die sowohl den Menschen in der EU als auch der Verantwortung für die Ernährungssouveränität anderer Regionen der Welt gerecht wird. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Klimapolitik. Die Europäische Union muss demokratisiert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gewaltenteilung, unverzichtbarer Bestandteil eines jeden demo-

kratischen Staates, in der EU weiterhin nicht umgesetzt wird. Wir fordern deshalb, dass das Europaparlament als Gesetzgebungsorgan der Europäischen Union erheblich gestärkt wird. Unbestritten braucht die Union eine Verfassung. Deshalb rufen wir dazu auf, einen neuen Verfassungsentwurf zu erarbeiten, der an einem Tag in allen EU-Ländern von allen BürgerInnen abgestimmt werden soll. Im Europa-programm machen wir deutlich, dass die sozialen und politischen Rechte durch Grundrechte geschützt werden müssen und dass alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens demokratisiert werden sollen. Dabei ist die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe zu verankern. Der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, der Stopp weiterer Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge, die Demokratisierung der Medien, die Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen und die Verankerung paritätischer Mitbestimmung in Großbetrieben sind für uns wichtige Stichpunkte einer solchen Demokratisierung. Wir wenden uns gegen eine „Festung Europa“, die sich von MigrantInnen abschottet und eine Abschiebepolitik verfolgt, die viele Menschen in die Illegalität wegen drohender Abschiebung zwingt. Stattdessen setzen wir uns für eine Einwanderungspolitik ein.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe **Seite 10**

Zitiert ...

Manche Leute verschmähen Geld und Gut, aber wenige sind stark genug, es wegzugeben.

*Francois de La Rochefoucauld
(1613 - 1680)*

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Unser Programm macht klar: Wir wollen eine zivile und global solidarische Europäische Union. Wir verteidigen kategorisch das Völkerrecht und wenden uns deshalb gegen die gemeinsame EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik, soweit sie sich auf militärische Angriffsfähigkeit und Aufrüstung bezieht. Stattdessen setzen wir auf Abrüstung und Rüstungskonversion und fordern die Schaffung einer Abrüstungsagentur statt einer Verteidigungsagentur. Wir fordern ein starkes Engagement der EU und ihrer Mitgliedsländer für eine wirklich gemeinschaftliche solidarische Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik, die

daran gemessen werden muss, inwiefern sie die Lösung von globalen, sozialen und ökologischen Problemen befördert.

Der Parteitag hat dieses Programm nach einer fundierten und ernsthaften Diskussion beschlossen. Mit diesem Programm gehen wir selbstbewusst in die Europawahl, in der wir deutlich machen werden, dass wir mit unseren konkreten Vorschlägen eine demokratische, soziale und friedliche Union wollen, die letztlich das Zusammenwachsen der europäischen Völker stärken wird.

Die Bundesliste der LINKEN für die Europawahl setzt sich wie folgt zusammen:

1. Lothar Bisky	93,4%
2. Sabine Wils	70,8%
3. Gabriele Zimmer	77,6 %
4. Thomas Händel	78,1%
5. Cornelia Ernst	78,8 %
6. Jürgen Klute	85,1 %
7. Sabine Lösing	60,0 %
8. Helmut Scholz	83,4 %
9. Martina Michels	50,9 %
10. Tobias Pflüger	51,6 %
11. Sidar Demirdögen	55,1 %
12. Sascha Wagener	61,1%
13. Ruth Firmenich	53,9 %
14. Wilfried Telkämper	54,5 %
15. Ulrike Voltmer	74,1 %

Die Plätze 16 bis 30 können in unserer Internet-LeseEcke abgerufen werden.

Ralph Krech, Jüterbog

Eindrücke aus Essen



Delegierte bei der Abtimmung in Essen

Quelle: www.die-linke.de

Nachdem die Delegierten den Europaparteitag mit der Annahme des Europawahlprogramms am 28. Februar 2009 gegen 18.00 Uhr beendeten, begann für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter die Bundesversammlung. Den Auftakt bildete eine furiose Rede des Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Oskar Lafontaine.

Er sprach insbesondere zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, zu ihren Ursachen, Auswirkungen, aber auch Chancen, z. B. durch Verstaatlichung der Banken, Demokratisierung der Wirtschaft durch Belegschaftsbeteiligungen und Änderung der Einkommens- und Vermögensverteilung. Auch Lafontaine begründete noch einmal die Ablehnung des Lissa-

bon-Vertrages durch DIE LINKE und bekräftigte die Forderung nach einem neuen europäischen Verfassungsentwurf, dem von allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugestimmt werden muss. Anschließend stimmte er die VertreterInnen auf die Wahlen der Kandidaten für das Europa-Parlament ein. Der Bundesausschuss hat die Kandidatenliste für die ersten 16 Plätze nach Ost und West sowie Frauen und Männern austariert. Lafontaine warb dafür, dass dieses Gleichgewicht durch Gegenkandidaturen nicht gestört wird (nur Ost gegen Ost und West gegen West). Dann schlug er Lothar Bisky als Spitzenkandidaten vor.

Mit großer Spannung ging es dann in den Wahl-Marathon. Auf den 16

aussichtsreichen Plätzen wurden vier Kandidaten ohne weitere Bewerber entsprechend der vorgeschlagenen Liste gewählt, davon Lothar Bisky mit der höchsten Stimmenanzahl von 93,4 Prozent.

Auf den übrigen zwölf Plätzen gab es ein Gerangel, bis zu zehn Bewerber für einen Platz. Die Kandidaten für die Listenplätze zwölf bis sechzehn wurden durch Stichwahlen ermittelt, da im ersten Wahlgang keiner der Bewerber mehr als 50 Prozent der Stimmen erhielt. Zu den Verlierern der Stichwahlen gehörten auch die bisherigen Europa-Abgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann und André Brie, während sich Tobias Pflüger gegen einen „Gesetzten“ durchsetzen konnte. Die bisherigen Europa-Abgeordneten Sahra Wagenknecht und Helmut Markov kandidierten nicht wieder.

Insgesamt gesehen zeigte es sich, dass die vom Bundesausschuss vorgeschlagene Kandidatenliste eine gute Vorauswahl war, da nur drei der Vorgeschlagenen nicht durch die Bundesvertreterversammlung bestätigt wurden.

*Christa Schubert,
Vertreterin DIE LINKE. TF*

Nein zur NATO

Die Forderung linker und anderer demokratischer Kräfte nach Auflösung der NATO ist so alt wie die NATO selbst. Dass diese Forderung nun zum 60. Jahrestag der Gründung mit besonderem Nachdruck erhoben wird, kann also kaum verwundern. Die NATO die Nordatlantikpakt-Organisation, wie der vollständige Titel lautet, wurde am 4. April 1949 gegründet als Kernstück eines von den USA dominierten weltweiten Systems von Militärbündnissen und „Beistands“verträgen, das letztlich nur ein Ziel hatte: die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten zu bekämpfen.

Dass alles andere nur wohltönendes Gerede war, wurde spätestens 1954/1955 deutlich, als die Sowjetunion – sicher vor allem aus propagandistischen Gründen – ihren Beitritt zur NATO vorschlug.

Die Einbeziehung der remilitarisierten BRD in die NATO im Jahre 1955 beantwortete die Sowjetunion 1956 mit der Gründung ihrer eigenen Paktorganisation, des Warschauer Vertrages, dem auch die DDR angehörte.

Rund dreieinhalb Jahrzehnte blieb die Konfrontation dieser beiden Blöcke das bestimmende Element der Weltpolitik, auch wenn es Phasen deutlicher Entspannung, vor allem in den siebziger Jahren, gab.

Mit dem Ende des „realexistierenden“ Sozialismus in Ost- und Mitteleuropa 1989/1990 und der Auflösung des Warschauer Pakts 1991 verlor die NATO auch aus westlicher Sicht endgültig ihre Daseinsberechtigung.

Doch statt die einzig vernünftige Konsequenz zu ziehen und die NATO gleichfalls aufzulösen, wurden die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages und die neu entstandenen Staaten Osteuropas im Rahmen der sogenannten Osterweiterung eingeladen, Mitglied der NATO zu werden. Kaum überraschend, dass man in Russland diese Entwicklung mit großer Sorge sah und sieht: Der russische Widerstand richtet sich besonders gegen die Bestrebungen, Georgien und die Ukraine in das Militärbündnis zu integrieren.

Die unveränderte Gefährlichkeit der NATO wurde spätestens 1992 offensichtlich, als sogenannte Out-of-Area-Einsätze vereinbart und bei den völkerrechtswidrigen Bombenangriffen gegen Jugoslawien auch praktiziert wurden. Unmittelbar nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in den USA verkündete die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall, der Angriff auf den Bündnispartner USA wurde als Angriff gegen jeden der Bündnispartner bewertet. Auch dies ein Schritt in Richtung einer immer stärkeren Militarisierung der internationalen Politik.

Der neue US-Präsident Barack Obama hat bei seinem Amtsantritt „Change“, also „Wechsel“, versprochen. Bezogen auf die NATO kann das eigentlich nur bedeuten: Abzug aller Truppen aus Afghanistan, ein Ende der NATO-Osterweiterung, ein Verzicht auf die nukleare Erstschlagsoption und schließlich die Auflösung der NATO selbst.

*Ronald Friedmann,
Berlin*

Achtung Hollywood – Wir kommen

„Slumdog Millionaire“: Das ist mal ein Film! Den sollte man genießen.

Besser als zweimal Parteilehrjahr mit dem Thema „Globalisierung – was ist das? Wo ist das?“ Kannste glauben.

Nicht umsonst hat er acht Oscars eingeheimst.

Wer ihn ansieht, erkennt auch ohne eigene Jurorenerfahrung oder Ausbildung in der Filmwissenschaft: tolles Drehbuch, verrückte (besoffene) Kamera mit in Hochgeschwindigkeit vorbeihuschenden Menschenmassen und Ereignissen, Musik zieht einen mit in den Strudel von Dreck, Schurkerei, Gewalt und Armut.

Immerhin ist der einende Strang der Erzählung weltweit bekannt, weltweit mit dem gleichen Studio, der gleichen

Erkennungsmelodie und den runterschwenkenden Scheinwerferbatterien: Wer wird Millionär? (Das Erfolgsmodell aus England).

Einer aus den Slums, der den dortigen Händlern und Handwerkern Tee zuträgt, kommt doch tatsächlich bis zur Endgewinnstufe von 20 Millionen Rupien.

Und er bekommt zum Schluss auch seine Liebste.

Kinostoff hat nun mal seine Bedingungen und er darf den einen feiern, der gewinnt, ein Happyend mit indischer Schönheit bekommt und vielen Knüppeln, Revolvern und Folterdrähten entkam – wir wissen: Vielen gelingt eben genau das natürlich nicht.

Und da ist der Film neben dem erzählerischen Genuss durchaus ehrlich und informativ, denn er zeigt die schier unlösbaren Probleme jenes Staates, dem man für das Jahr 2020 1,3 Milliarden Menschen zuschreibt.

Religiöser Fanatismus mit unbegreiflichen Gewaltexzessen, Obdachlosigkeit, üble Hygiene und Armut bringen die verrücktesten Ideen für den Erwerb von ein paar Münzen hervor.

Und was den Film auch wertvoll macht, er reflektiert die Fähnrisse und Verlogenheit des Medienbetriebes.

Kurz: Ein Rundumschlag – sieh her! So ist Indien heute!

*Frank Schubert, Universität
Potsdam-Medienwissenschaften*

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Landwirtschaft braucht Kostenentlastung

Mit den Beschlüssen des EU-Agrarates vom November 2008 ist eine Kursänderung der europäischen Agrarpolitik eingeleitet worden, die insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe im Osten, also auch in Brandenburg, zusätzlich erheblich belastet.

Besonders die Kürzung der Direktzahlungen und die Regelungen der zusätzlichen Modulation stellen eine Ungleichbehandlung größerer Betriebe dar. Aber auch die Festlegungen zum Milchmarkt wie die Quotenerhöhung von jährlich einem Prozent, die der Entwicklung des Milchpreises abträglich ist, und die vagen Aussagen zu den konkreten Maßnahmen des Milchfonds verschärfen die Situation der Brandenburger Milchbauern.

Deshalb ist ein Sofortprogramm notwendig, um den Milcherzeugern schnell Liquidität zu verschaffen, beispielsweise über Betriebsmitteldarlehen.

Die Landwirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen, die den Einfluss der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise begrenzt und weitgehend frei von

Wettbewerbsverzerrungen sind. Dem dienen folgende vorgeschlagene Maßnahmen:

- die Abschaffung der besonderen Agrardieselbesteuerung für große Landwirtschaftsbetriebe,
- Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung innerhalb der EU,
- Aussetzung der Steuererhöhung für Biodiesel und Pflanzenölkraftstoffe,
- Sofortmaßnahmenpaket für in Not geratene Milcherzeuger.

Wie die aktuellen Diskussionen zeigen, ist die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU sicherlich keine kurzfristige Maßnahme. Sofortige Handlungsmöglichkeit der Bundesregierung ist aber gegeben bei der Aussetzung der Steuererhöhung für Biodiesel und Pflanzenölkraftstoffe und der Abschaffung der besonderen Agrardieselbesteuerung für große Agrarbetriebe, die 2005 mit dem Haushaltsbegleitgesetz eingeführt wurden. Besonders Letzteres bewirkt, dass durch diese Regelung die brandenburgische Landwirtschaft in ihrer Struktur benachteiligt ist.

Das zu verhindern war ein wesentlicher Punkt des Koalitionsvertrages in Brandenburg.



Kriminalistische Aus- und Fortbildung verbessern

Mehrfach, zuletzt auf dem 7. Landesdelegiertentag des Bundes der Kriminalbeamten, sind Defizite in der kriminalistischen Aus- und Fortbildung der brandenburgischen Polizei beklagt worden.

Die polizeiliche Kriminalstatistik weist in Brandenburg seit Jahren einen Rückgang der Aufklärungsquote aus. Zuletzt räumte auch das Ministerium des Innern Versäumnisse ein. Das heutige Kriminalitätsgeschehen stellt aber hohe Anforderungen an die Polizei. Eine verbesserte Aus- und Weiterbildung würde die Professionalisierung der kriminalpolizeilichen Arbeit steigern und so die Qualität der gesamten Polizeiarbeit erhöhen.

Insofern ist es an der Zeit, diese in Brandenburg festzustellende Fehlentwicklung zu korrigieren.

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg bringt hierzu entsprechende Anträge in die Landtagssitzung im April ein. <

Ein Dankeschön für Renate Klettke

Mit dem 31. Dezember 2008 hat Renate Klettke ihren endlich verdienten Ruhestand konsequent angetreten. Die Geschäftsstellenbetreuung für Ludwigsfelde ist an Angelika Linke übergegangen wie auch die stundenweise Mitarbeit im dortigen Wahlkreisbüro. Wir waren ein eingespieltes Team, liebe Renate, und ich weiß, dass Du ähnlich empfindest. Natürlich war nie die Zeit einer täglichen Kontakt- und Gesprächsaufnahme. Unsere Arbeitsbasis war ein vertrauensvolles Miteinander, das in territorialer Distanz zueinander funktionieren musste und

auch hat. Grundlage dafür war unsere inhaltliche, aber vor allem auch menschliche Nähe. Dieses Sich-blind-Verstehen war eine auch für mich sehr, sehr angenehme Erfahrung und für Dich sicherlich auch der notwendige Rückhalt, dass Deine Arbeit meine unbedingte Anerkennung, Akzeptanz und Zustimmung fand. Rückblickend habe ich Dir das viel zu selten gesagt!!!

Liebe Renate, ich wünsche Dir alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit und, dass wir auch zukünftig viel voneinander hören.

Kornelia Wehlan, Luckenwalde

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde:
Zinner Straße 36,
14943 Luckenwalde
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de
Mail: BueroLukWehlan@aol.com

Stadtverordnetenversammlung Fraktion DIE LINKE/FILU

Ludwigsfelde

Inzwischen ist die Kommunalwahl 2008 Geschichte und wir befinden uns im „Super-Wahljahr“ 2009.

Die Auswertung der Wahl 2008 war positiv, auch in Ludwigsfelde. Wir sind mit einem Abgeordneten mehr, nun also mit sieben in die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde eingezogen. Unsere Reihen stärkt erfreulicherweise wieder eine Abgeordnete der Frauenliste Ludwigsfelde. Maren Ruden ergänzt durch ihre erfrischende Sichtweise wieder unsere Fraktionsarbeit. Die konstituierende Sitzung war wieder lang und ein wenig anstrengend. Aber das war nicht das Besondere daran. Die SPD war sich sicher mit ihrem (insgesamt einzigen) Kandidaten für den Vorsitz für die Stadtverordnetenversammlung. Aber als zweitstärkste Fraktion konnte doch unsere Fraktion nicht nachstehen. Angelika Linke erklärte sich bereit, ebenfalls zu kandidieren. In der Kommunalwahl sind Losentscheide ziemlich selten, aber bei dieser Wahl waren sie gleich dreimal nötig, denn in je zwei Wahlgängen wurde keine Entscheidung getroffen. Das Los entschied gegen Gennossin Linke – Andreas Igel (SPD) wurde Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, das Los entschied gegen unseren Fraktionsvorsitzenden Genosse Peter Dunkel bei der Entscheidung für den Auf-

sichtsratsvorsitz der Stadtwerke – Bürgermeister Frank Gerhard übernahm dieses Amt. Aber auch bei der Wahl des Ortsvorstehers von Siethen war das Glück nicht auf unserer Seite – unsere Erika Dahlke „unterlag“ im Losentscheid. Das „Pokern“ müssen wir also noch üben! Nach der Konstituierung beginnt dann immer die Arbeit! Neben den schon genannten Mitstreitern und der bewährten Mitwirkung von Klaus Hubrig stärken nun unsere Fraktion Reinhold Krause, Heiner Reiß und Silvio Pape.

Selten war die Stimmung in der Stadtverordnetenversammlung so einvernehmlich wie bei der Abstimmung, den bedürftigen Kindern der Stadt Ludwigsfelde in Kindertagesstätten und Schulen ein kostenloses Mittagessen zu finanzieren. Die Umsetzung wird inzwischen seit dem 2. Schulhalbjahr, ab Februar 2009, praktiziert und erfreulich viele Kinder nutzen diese Chance.

Ludwigsfelde wird auch mit diesem Engagement für unsere Kinder seinem Ruf als familienfreundliche Stadt gerecht.

Mehr als erfreulich, da doch der neuste Armutsbericht die erschütternde Tatsache ausweist, dass jedes 4. Kind in Brandenburg von Armut betroffen ist! Weiterhin hat unsere Fraktion sich der Wasser- und Abwasser-

Problematik angenommen, setzt sich für den Erhalt der Musikschule, die Nutzung des Citytreffs für etliche Vereine und Bands ein und unterstützt die Arbeit eines Seniorenbeirats in der Stadt. Einer der letzten Anträge durch unsere Fraktion in der SVV war es, die Mitwirkung von berufenen Bürgern unserer Stadt in den Ausschüssen zu fordern. Sie sollen mit ihrer Fachkompetenz die Arbeit der Abgeordneten unterstützen. Ja, und zur Zeit ist die Diskussion um den Haushaltsplan aktuell – da unterscheidet sich die Arbeit in der Stadtfraktion Ludwigsfelde sicher nicht von der Arbeit anderer Fraktionen unserer Partei: Bei allen Entscheidungen müssen wir darauf achten, dass die Schwächsten unter uns nicht benachteiligt werden.

Angelika Linke, Ludwigsfelde

Fraktion DIE LINKE. in der SVV Ludwigsfelde:

Peter Dunkel, Vors.

Klaus Hubrig

Angelika Linke

Erika Dahlke

Reinhold Krause

Heiner Reiß

Silvio Pape

Für Renate

Sie ist eine Institution, sagen die einen. Eine tolle Frau, sagen die anderen. Sie ist einfach in Ordnung, ehrlich, gradlinig (ohne stur zu sein), zuverlässig, umsichtig und engagiert, sie ist Musikliebhaberin und sehr belesen, man kann sich ihr anvertrauen, ihr vertrauen, herrlich mit ihr lachen und schimpfen – das sagen alle. Aber was am allerbesten ist – sie ist meine Freundin: Gennossin Dr. Renate Klettke. Ja meine Liebe, wir wissen, dass Du Lob schlecht aushalten kannst, aber da musst Du jetzt mal durch. Viele Jahre hast Du die Geschäftsstelle des

Gebietsverbandes Zossen in Ludwigsfelde betreut und warst für jeden, der Deine Hilfe brauchte, der gute Geist, der alles regeln konnte, auch ganz kurzfristig. Du hast die vielfältigen Aufgaben, die in einer Geschäftsstelle zu erledigen sind, mit Freude und aus Überzeugung gemeistert. Dein Leben hat es nicht immer gut mit Dir gemeint, aber Du hast Dich immer aufgerappelt. Du bist eine starke Frau, auch wenn Du das gelegentlich abstreitest. Auch (oder vor allem?) Dein Engagement in unserer Partei und der wunderbare, wertvolle Kontakt zu vielen

unserer Genossen haben Dein Leben beeinflusst. Nun, liebe Renate, hast Du einen kleinen Schritt zurück gemacht und mir die Geschäftsstelle zur Betreuung übergeben. Du stehst mir hilfreich zur Seite, und wenn Du siehst, es läuft, dann schmunzelst Du und sagst: Hat doch der Kaderentwicklungsplan wieder mal funktioniert! Keiner wird Dein unbeschreibliches Engagement in der Geschäftsstelle Ludwigsfelde vergessen – wir danken Dir dafür von ganzem Herzen.

*Angelika Linke,
Ludwigsfelde*

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Wirtschafts- und Finanzkrise

Der Finanzmarkt-Kapitalismus und seine neoliberale Ideologie sind gescheitert. Wir befinden uns in einer tiefen Krise von Demokratie und Gesellschaft.

Die öffentliche und demokratische Kontrolle des gesamten Finanzsystems muss jetzt durchgesetzt werden. Die Kosten der Krise müssen wesentlich von den Profiteuren des Finanzmarkt-Kapitalismus getragen werden. Deshalb fordert DIE LINKE eine Vermögensabgabe auf höchste und hohe Geldvermögen in Deutschland (Milliardärs- und Millionärssteuer) zur Finanzierung eines öffentlichen Investitionsprogramms und zur Sicherung der Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen.

Deutsche Außenpolitik

Als Erstes will ich daran erinnern, dass vor zehn Jahren unter der Beteiligung von Deutschland der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien begonnen hat. Dieser Tag war ein Einschnitt in der deutschen Außenpolitik. Es war ein grundlegender Bruch mit dem antimilitaristischen Grundkonsens in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir wissen, wie die weitere Entwicklung war. Heute sind fast 7.000 deutsche Soldaten in elf Ländern stationiert. Der völkerrechtswidrige Jugoslawien-Krieg war eine Korrektur in der deutschen Außenpolitik.

DIE LINKE kritisiert das auch heute noch, kritisiert die Situation und dieses Agieren in der Außenpolitik. Krieg darf – nach unserer Auffassung – kein Mittel der Politik sein. Wir wollen eine europäische Verfassung, die sich eindeutig auf die Sicherung des Friedens und auf zivile Konfliktlösungen und Abrüstung orientiert.

Anne Will und die Kanzlerin „...kann das nicht verstehen“

Der Auftritt der Kanzlerin bei Anne Will war eher peinlich. Vor allem die

Art und Weise des Ablaufs – Antwort, Klatschen – hat an etwas erinnert, von dem ich dachte, das sei lange vorbei. Auch inhaltlich hatte sie sehr wenig zu bieten. Eines ist allerdings klar geworden: Die große Koalition ist politisch am Ende. Sie sollte regieren, aber es wird vor allen Dingen schwadroniert. Allein, wenn man sich die Einspielungen und Ähnliches angeschaut hat, Handlungsfähigkeit ist wirklich nicht mehr gegeben. Und das angesichts der größten Wirtschaftskrise, die wir in Deutschland zu verzeichnen haben, und dann dieses Hin und Her, die Parteipolitik, die allein auf den 27. September orientiert ist und nicht auf Lösungen für Deutschland. Bei fast allen Fragen gibt es einen großen Eier-tanz. Das Agieren des Arbeitsministers ist hier besonders zu benennen. Herr Scholz macht einen Vorschlag zum Thema Mindestlohn, bezogen nur auf Leiharbeiter im Westen. Das ist schon skandalös, dass der Osten überhaupt nicht erwähnt wird und dass es da keinen Vorschlag gibt. Dann wird ein Mindestlohn von 7,30 Euro vorgeschlagen. Selbst die Beschlusslage der SPD ist eine höhere. Das ist wirklich ein Unding, dass hier so agiert wird. Im Übrigen ist auch das, was der Präsident des Bundessozialgerichts zur Abwrackprämie erklärt hat, eine Ohrfeige für den Arbeitsminister. Er erklärte, dass es nicht rechtens sei, dass die Abwrackprämie bei Hartz-IV-Beziehern als Einkommen angerechnet wird. Die Kanzlerin konnte in der Sendung nicht wirklich einen Grund nennen, warum die Koalition zu Ende geführt werden soll. Also wenn der Satz – „... das kann ich nicht verstehen“ – ihr am häufigsten genannter ist, und das bei Dingen, die sie zu verantworten hat: Also das Thema Bonizahlungen – das ist wirklich ein Unding. Da macht die Bundesregierung das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das auch die



Bankenrettung beinhaltet, ohne einen Passus, dass keine Boni an Manager gezahlt werden, die diese Krise verursacht haben. Dann sagt sie, sie könne das nicht verstehen. Da haben sie beim Gesetz versagt. Das muss man doch mit vereinbaren, dass da selbstverständlich steht, dass keine Bonuszahlungen erfolgen dürfen.

7. Juni 2009 – Europa- und Kommunalwahlen

Neben der Europawahl finden in sieben Ländern auch Kommunalwahlen statt. DIE LINKE wird über 7.300 Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen haben, Hut ab! Das ist eine sehr beachtliche Zahl. Wir wissen, die Kommunalpolitik ist das Prunkstück der LINKEN.

Wir wollen auch über diese Kommunalwahl und die Ergebnisse den Parteaufbau der LINKEN fortsetzen. Ich hoffe, dass der 7. Juni nicht nur bei der Europawahl, sondern auch bei den sieben Kommunalwahlen ein wichtiges Zeichen, was die Stärkung der LINKEN ausmacht, bringen wird. <

Aufruf zum 4. JüterRock

Bereits zum vierten Mal veranstaltet die Partei DIE LINKE den JüterRock für Bands aus unserer Region. Ob Hardrock, Heavy Metal oder HipHop – der Stilrichtung und Bandgröße sind (fast) keine Grenzen gesetzt. Das Konzert beginnt am 23. Mai 2009 um 17.00 Uhr auf der Festwiese im Schlosspark von Jüterbog. Anschließend startet die Gruppe SIX ihr großes Live-Konzert. Anmeldungen unter:

info@six-agentur.de

Geh Denken

Ein Bündnis aus verschiedenen jüdischen, christlichen und parteiunabhängigen Initiativen, aber auch Parteien aus Dresden und Sachsen haben zum „GEH DENKEN – ein klares Stopp zum Rechtsextremismus“ aufgerufen. Nur die Dresdner CDU wollte nicht mitmachen. Warum wohl, wofür brauchen die Schwarzen die Braunen? Diese Frage muss man sich bei den Ereignissen in Dresden stellen. Der DGB und bundesweit DIE LINKE, die Grünen und die SPD haben diesen Aufruf tatkräftig unterstützt. Besonders DGB und SPD haben Geld für Busse und Verpflegung bereitgestellt. Leider kamen die Infos dazu nur teilweise und recht spät bei der Bevölkerung an.

Ich hatte mich für den Bus des DGB von Potsdam über Ludwigsfelde, Luckenwalde und Jüterbog angemeldet. Als IG-Metaller brauchte ich nichts zu bezahlen und reichlich zu essen gab es außerdem. Leider war der Bus nur zur Hälfte besetzt. Dafür bekam jeder zwei reichliche Lunch-Pakete und es herrschte eine gute Stimmung. Durch Wartezeiten und eine halbstün-

dige Ruhepause für den Fahrer kamen wir nicht pünktlich am Goldenen Reiter an. Wir sahen aber den Demozug noch und konnten uns vor der Carola-Brücke anschließen. An der Synagoge Hasenberg war dann eine Zwischenkundgebung. Ein Rabbi und Vertreter verschiedener Initiativen sprachen dort zu uns und dankten für unsere zahlreiche Teilnahme. So wurde in Dresden ein gutes, deutliches Zeichen gegen rechtes Gedankengut und für Versöhnung gesetzt. Ich selbst trug ein Schild mit folgendem Satz: „DRESDEN! MAHNUNG und BEISPIEL für VERSÖHNUNG über GRÄBERN“. Viele Ältere, aber auch junge Demonstranten haben mir deshalb freundlich zugenickt und einige gute Gespräche gab es auch.

Dann zogen wir weiter zum Theaterplatz. Dort brachten uns Jenaer Musiker in Stimmung, denn das Wetter war zwar trocken, aber unfreundlich und kalt. Nach solidarischen Grüßen der Schauspieler Stefanie und Wolfgang Stumph traten die bundesweiten Größen ans Mikrofon. Den größten Anklang fand Gregor Gysi,

denn die LINKEN waren sichtbar zahlreich anwesend. Doch auch Michael Sommer, Franz Müntefering und Claudia Roth kamen gut an. Jeder hat mit seinen Worten die gleichen Aussagen gemacht, die ich mit folgenden Sätzen zusammenfassen möchte: Der Missbrauch des Dresdner Gedenkens durch Neonazis ist eine üble Provokation. Alle Demokraten müssen sich dagegen wehren und dürfen Dresden nicht den Nachfolgern der wahrhaft Schuldigen an der Zerstörung deutscher Städte und ihrer Bürger überlassen. Gegen Gewalt und Fremdenhass müssen wir alle Position beziehen, damit es nicht wieder zu spät sein wird. Das Gedenken muss alle Opfer des Krieges einschließen und zur Versöhnung führen. Viele Teilnehmer bekundeten mit weißen Rosen die Wichtigkeit der Versöhnung, die ich als Überlebender des 13. Februar 1945 aus ganzem Herzen unterstütze.

Wir haben ein wichtiges Zeichen gesetzt. Nächstes Jahr müssen wir noch mehr werden.

*Rainer Weigt,
Klein Schulpendorf*

Direktkandidat für die Landtagswahl aufgestellt

Auf unserer Gesamtmitgliederversammlung in Blankenfelde sollte der Direktkandidat für den WK 25 zur Landtagswahl im September nominiert werden. Hartmut Rex und Lutz Haenecke stellten sich den Anwesenden vor. Mit 81 Prozent der Stimmen erhielt Hartmut Rex (parteilos) das Vertrauen. Mit dieser Abstimmung würdigten die Parteimitglieder die bisherige engagierte kommunalpolitische Arbeit von Hartmut Rex in der Gemeinde Rangsdorf, im Kreistag Teltow-Fläming und im KMS. Bei seiner Vorstellung betonte er, sich vor allem für solche Landesgesetze einsetzen zu wollen, die die Kommunen und damit die Bürger nicht noch stärker belasten. Seine Erfahrungen in der kommunalen Arbeit für die Kindertagesstätten und Schulen bestärken ihn in der Auf-

fassung, dass der geltende Schlüssel für die Betreuung in den Kindertagesstätten geändert sowie die Klassenstärke in den staatlichen Schulen denen in Privatschulen angepasst werden müssen. Es müssen mehr Lehrer und Erzieherinnen seitens der Schulämter zur Verfügung gestellt bzw. ausgebildet werden. Befragt nach seiner Meinung über die Auswirkungen des Großflughafens Berlin-Schönefeld auf die Bürger vor allem im Raum Blankenfelde/Mahlow, erklärte Hartmut Rex deutlich, dass es keine Abweichungen von den Festlegungen im Planfeststellungsbeschluss bezüglich des Nachtflugverbotes und der Randzeiten geben darf.

Der Erhalt der Natur und ökologische Belange sind weitere wichtige Punkte, für die sich Hartmut Rex in

seinem Wahlkreis einsetzen will. Als Autoglaser und Kleinunternehmer kennt Hartmut Rex die Probleme dieser Berufsgruppe. Angesichts der in der Realwirtschaft sichtbar werdenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird er gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden versuchen, Schaden für die Beschäftigten wie auch für die Unternehmer abzuwenden. In den Monaten vor der Wahl im September wird sich Hartmut Rex den Bürgern im Wahlkreis vorstellen, sich mit ihren Problemen beschäftigen und auf Fragen Antwort geben. Er erklärte, sich der Verantwortung für die Wähler bewusst zu sein und bei einer Wahl als Landtagsabgeordneter sich den hohen Anforderungen im Interesse der Bürger zu stellen.

DIE LINKE im Wahlkreis 25

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Sieben ohne Erfolg

„Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ – 25.168 Menschen unterschrieben für diese Politik. Das reichte jedoch nicht. Dem Bündnis aus Umweltverbänden und Parteien gelang es nicht, die erforderlichen 80.000 Unterschriften für das siebte Volksbegehren in Brandenburg zu sammeln. Damit ist das zukunftsweisende energiepolitische Vorhaben auf der zweiten Stufe der Brandenburger Volksgesetzgebung gescheitert. Es war richtig, dass auch DIE LINKE dieses Volksbegehren angestrebt und mit Kräften unterstützt hat. „Wir müssen auch in Zukunft weiterhin für eine nachhaltige Energieversorgung eintreten und streiten“, so die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Partei DIE LINKE. An dieser Stelle sei allen gedankt, die auf den winterlichen Straßen und Marktplätzen ihren Mann und ihre Frau standen, um über dieses Volksbegehren aufzuklären und die Brandenburger zu überzeugen, ihre Unterschrift darunter zu setzen.

Warum ist es nicht gelungen? Interessieren sich Brandenburger nicht für ihre Umwelt, ist ihnen die Zukunft egal? Nein! Bei Umfragen, Gesprächen und Veranstaltungen erfuhr ich, dass sich die Menschen hierzulande mit ihrer Umwelt und einer ökologisch nachhaltigen Klimapolitik beschäftigen. Dies bestätigt die vorangegangene Volksinitiative, bei der in kürzester Zeit die erforderlichen Stimmen zustande kamen. Auch die jüngste von der LINKEN in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass 73% der Brandenburger sofort oder mittelfristig aus der Braunkohleverstromung aussteigen wollen. Nur 25% sind für die unbefristete Nutzung der Braunkohle. Wäre es zum Volksentscheid gekommen, hätte das Gros der Brandenburger der Forderung des Begehrens demnach zugestimmt. Brandenburg wird von

Mehr Demokratie e.V. als „demokratisches Entwicklungsland“ titulierte. Dem Vorwurf stimme ich nicht zu. Bezogen auf die Bevölkerungszahl sind hierzulande bundesweit die wenigsten Unterschriften – 80.000 – für ein erfolgreiches Volksbegehren erforderlich. Im Durchschnitt wird für ein erfolgreiches Volksbegehren die Unterschrift von mindestens elf Prozent der Stimmberechtigten gefordert. Ferner stellt die Eintragungsfrist für ein Volksbegehren von vier Monaten einen im Bundesvergleich längeren Zeitraum dar. Trotzdem kam nicht die erforderliche Anzahl von Stimmen zusammen.

Warum also hat es nicht geklappt, diese Grundstimmung in ein erfolgreiches Volksbegehren umzumünzen? Das Grundproblem des brandenburgischen Volksbegehrens ist – und hier ist dringend eine Weiterentwicklung notwendig – die Amtseintragung. Wer ein Volksbegehren unterstützen möchte, muss sich auf das für ihn zuständige Meldeamt begeben. Und dies wird angesichts langer Wege – vor allem in den ländlich geprägten und dünn besiedelten Räumen des Flächenlandes – sowie ungünstiger Öffnungszeiten zum Hindernislauf. Die Amtseintragung ist ein Volksbegehren-Killer! Es ist schwierig, selbst von dem Anliegen überzeugte Menschen in die Amtsstuben zu bewegen. In Ländern mit freier Sammlung sind 54,5 Prozent aller Volksbegehren erfolgreich, in Ländern mit Amtseintragung kommen dagegen nur 36,1 Prozent zustande, so der Mehr Demokratie e.V. in einer Stellungnahme. Neben diesen Hindernissen im Verfahren müssen natürlich auch andere Ursachen gesehen und auch diskutiert werden. Dazu gehört meines Erachtens, dass sich viele Menschen außerhalb der Lausitz wenig betroffen fühlen; dass angesichts der akuten Wirtschaftskrise das Zukunftsthema Klimawandel als weniger

bedrohlich empfunden wird. Die Politiker der Landesregierung und die Lobby der Energiekonzerne vermitteln der Bevölkerung den Eindruck, dass das Volksbegehren eher dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu vernichten als etwas Positives zu bewirken. Dazu kam die Debatte in den Medien über eine vermeintliche Unsicherheit russischer Gaslieferungen, all das verstärkte die Forderung nach Energieunabhängigkeit und unterstützte eine Rückbesinnung auf Braunkohle als Energieträger.

Was ist auf der Habenseite zu verbuchen? Durch das Volksbegehren wurde eine landesweite energiepolitische Debatte geführt. DIE LINKE konnte in diesen Debatten ihr umwelt- und energiepolitisches Profil in Brandenburg schärfen. Gleichzeitig führten die Aktionen zu einer erneuten Debatte um bürgerfreundliche und faire Volksbegehren.

Unsere Landesverfassung, welche die repräsentative Demokratie durch Elemente der Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) ergänzt, gilt als eine der modernsten Landesverfassungen. Sie ist einem Grundverständnis verpflichtet, wonach Demokratie den Rahmen für Freiheit und Selbstverwirklichung von Bürgern schaffen muss. Auf dem Papier eine großartige Verfassung, jedoch mangelt es ihr an einer ehrlichen und konsequenten Umsetzung. Für DIE LINKE als eine der verfassungsgebenden Parteien geht es in erster Linie darum, den hohen rechtsstaatlichen Standard zu wahren und die Brandenburgische Verfassung mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört auch, die formalen Hindernisse für Volksbegehren abzubauen. Damit das achte ein Erfolg wird! <

Ein Tag in Berlin

Der Kreisvorstand gab Mitgliedern und Sympathisanten unserer Partei die Möglichkeit, am 12. März an einer Fahrt zum Bundestag teilzunehmen. Organisiert durch Felix Thier und aktiv unterstützt durch den Kreisvorstand wurde dieser Tag für alle 40 Teilnehmer zu einem Erlebnis.



Unsere Besuchergruppe auf der Dachterasse des Reichstages

Der Tag begann mit einer Gesprächsrunde unter Leitung der Bundestagsabgeordneten und der 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE., Dr. Dagmar Enkelmann. Ausführlich informierte sie uns über Aktivitäten der Fraktion, bezogen auf die aktuelle Finanzkrise und die Auswirkungen in Gegenwart und Zukunft auf Deutschland. Gesprächsthemen waren aber auch die Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro bei gleichzeitiger Anrechnung auf das Arbeitslosengeld II, die Senkung der Mehrwertsteuer und stetig steigende Kinderarmut.

Dagmar Enkelmann erläuterte uns die Arbeitsweise der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und sprach über Inhalte und Handlungen der Fraktion und der Partei in Vorbereitung der anstehenden Wahlen im Jahr 2009.

Im Anschluss an das Gespräch fand ein Rundgang durch das Gebäude des Bundestages statt. Im Plenarsaal (leider ohne Bundestagssitzung) nahmen wir auf der Besuchertribüne Platz, wo

uns Sitzordnung und Arbeitsweise des Bundestages erklärt wurden.

Besonderes Interesse fand die Erklärung zum Rohrleitungsgang im Keller des Hauses, der den Reichstag und das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais verband und durch den der angebliche Brandstifter des Reichstags-

brandes 1933, van der Lubbe, in das Gebäude gekommen sein soll.

Durch den französischen Künstler Ch. Boltanski wurde ein „Archiv der Deutschen Abgeordneten“ entworfen und gestaltet. Kleine Kästen aus Metall (5000 Stück), eingeordnet in einen schmalen Gang, sind mit den Namen derjenigen Abgeordneten beschriftet, die von 1919 bis 1999 demokratisch in das deutsche Parlament gewählt wurden. Die Jahre von 1933 – 1945 sind dabei ausgenommen, da dass deutsche Volk durch kein demokratisch legitimes Parlament vertreten war. Bei der Betrachtung und beim Lesen der Namen ist auffallend, wie viel Abgeordnete der KPD, aber auch der SPD ermordet wurden.

Den Abschluss des Tages bildete ein Gang auf die Dachterasse mit einem Blick auf Berlin.

Dank an Dagmar Enkelmann und an Felix Thier für Gestaltung und Organisation.

*Dieter Werner,
Luckenwalde*

Eine erste Bilanz

Seit einem halben Jahr sind wir, Alexander Fröhlich, 30, und Stefanie Scharp, 20, nun Mitglieder in der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow. In unserer Fraktion sind wir ohne Vorbehalte freundlich aufgenommen worden, während einzelne Mitglieder anderer Fraktionen uns junge NachwuchspolitikerInnen aber noch nicht so ganz ernst zu nehmen scheinen und uns oftmals mehr belächeln als uns zuhören. Seit November 2008 sitzen wir als VertreterInnen der LINKEN im neuen Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, in dem wir uns mit den Problemen von Kitas, Horten, Schulen, Sportvereinen und gemeinsamer Jugendarbeit beschäftigen. Wir haben mit dazu beigetragen, dass der Um- und Ausbau der Astrid-Lindgren-Grundschule von der Gemeindevertretung beschlossen wurde, und uns maßgeblich in die Diskussion des im Dezember 2008 vom Tschäpe-Verein vorgelegten Jugendarbeitskonzepts eingebracht. Da das Konzept des Trägervereins bei Weitem nicht den qualitativen Standards entsprach, die die vorangegangene Gemeindevertretung in Form der Grundlagen zur Jugendarbeit beschlossen hatte, und nach Besuchen in unseren ortsansässigen Jugendclubs und Gesprächen mit den Mitarbeitern unsererseits haben wir schließlich erfolgreich eine Vertragsaufhebung in beiderseitigem Einvernehmen angestrebt. In der Frage der gemeindlichen Bezuschussung des Schulessens konnten wir bisher leider keinen Erfolg erringen, werden aber am Ball bleiben. Zurzeit planen wir die Gründung einer gemeindeweiten Jugend-Basisorganisation, die Jugendliche und junge Erwachsene politisch aktivieren und für die politischen Ziele der LINKEN gewinnen soll. Wenn es also auch in Euren Basisorganisationen junge motivierte Menschen gibt, die gern bei uns mitarbeiten möchten, können sie sich gern an einen von uns wenden.

*Alexander Fröhlich und
Stefanie Scharp*

Gegen das Vergessen

Eine Leseratte in zwei Teilen

Als der Schriftsteller Leonhard Frank 1950 nach seiner Rückkehr aus dem Exil in der BRD in einem Buchladen feststellte, dass sein Name unbekannt war, sagte er: „Die Deutschen bis zu



40 Jahren kennen meinen Namen nicht mehr. Ich kann sagen: ‚Über mich hat Hitler gesiegt.‘“.

An dieses Zitat musste ich denken, als ich das Buch „Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals“ von Horst Nalewski, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, gelesen hatte. Darin werden die Dichterinnen Else Lasker-Schüler (geboren 1869 – verstorben im Januar 1945 in Jerusalem), Gertrud Kolmar (geboren am 10.12.1894 – umgekommen in Auschwitz 1943) und Nelly Sachs (geboren am 10.12.1891 – verstorben 1970 in Stockholm) vorgestellt, die heute auch weitgehend vergessen sind wie andere auch, obwohl alle drei als hervorragende Lyrikerinnen eingeschätzt

werden. Unter den Büchern meiner Eltern fand ich mehrere Hefte „Dichtung der Emigration“, herausgegeben 1941 und 1943 in London. Dort heißt es u.a.: „Unter uns deutsch-sprachigen Emigranten ... gibt es sehr viele Dichter ... Manche hatten klangvolle Namen, schon als sie die Heimat verließen. Andere hatten – und haben – noch ‚gar keine Namen‘. Durchweg fehlt ihnen ... die Möglichkeit, ihre Arbeiten in die Öffentlichkeit zu bringen. Es fehlt ... Widerhall, ohne das künstlerisches Schaffen ... auf die Dauer unmöglich wird.“ Es berührt mich deshalb, weil durch die Vertreibung oder Ermordung antifaschistischer oder rassistisch verfolgter Künstler auch bedeutende Teile unserer Kultur vernichtet worden sind. Das Buch von Horst Nalewski schließt eine Lücke gegen das Vergessen. Die von ihm genannten Dichterinnen entstammen wohlhabenden jüdischen, kulturell interessierten Elternhäusern. Sie fühlten sich in erster Linie nicht als Jüdinnen, sondern als Deutsche. Erst durch den zunehmenden Antisemitismus und die Erfahrungen mit dem Faschismus änderte sich das.

Else Lasker-Schüler hat vor allem wunderbare Liebesgedichte geschrie-

ben, aber auch Prosa und Schauspiele. Sie war darüber hinaus eine begabte Malerin, die ihre Bücher selbst gestalten konnte.

Ein alter Tibetteppich

Deine Seele, die die meine liebet,
ist verwirkt mit ihr im Teppichtibet.
Strahl in Strahl, verliebte Farben,
Sterne, die sich himmellang umwar-
ben.
Unsere Füße ruhen auf der Kost-
barkeit,
Maschentausedabertausendweit.
Süßer Lamasohn auf Moschus-
pflanzenthron.
Wie lange küßt dein Mund den
meinen wohl
Und Wang‘ die Wangen bunt-
geknüpfte Zeiten schon?

Für ihr Werk erhielt sie 1932 den Kleistpreis mit der Begründung, dass sich in ihren Büchern „... viele Verse finden, ... die unserer größten deutschen Meister ebenbürtig sind.“

1933 musste sie Deutschland verlassen. Sie hat danach auch sehr ergreifende Gedichte über das furchtbare Dasein als „Verscheuchte“ geschrieben.

Fortsetzung folgt.

Annelore Müller

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen war der Wasserturm in Dahme/Mark. Gebaut wurde der Turm von 1906 bis 1907. Der Stahlbehälter hat ein Fassungsvermögen von 150 m³, er war bis 1994 in Betrieb und ist bis heute eines der vielen Wahrzeichen der kleinen Stadt am Rande des Niederen Fläming. Dahme wurde bereits 1164 als Standort einer Burg genannt, später dann, ca. 1185, von Erzbischof Wichmann von Magdeburg erworben, der damit sein Land Jüterbog erweiterte. In den Jahren zwischen 1200 und 1300 wanderten Flamen in die Region ein und

gründeten Dörfer und Städte. Im Jahre 1265 wurde Dahme in einer Urkunde als Stadt erwähnt.

Noch heute werden in Dahme flämische Bräuche wie beispielsweise das Osterfeuer, alte Hochzeitsbräuche oder Erntedankfeste gepflegt. Sehenswürdigkeiten hat Dahme viele: den Vogelturm, die Stadtmauer, das Rathaus, die Kursächsische Postmeilensäule oder die St.-Marien-Kirche. Eine Reise wert, in jedem Fall. Und alles vor der eigenen Haustür. <

Einladung

In Potsdam, Stadt am Havel-Ufer,
da gibt es manch ehrlichen Rufer,
doch dieser Ruf soll deutlich sein,
drum laden wir zur Demo ein.

So kommt herbei und zögert nicht,
macht das Erscheinen Euch zur Pflicht.
Gegen Kriege und Sozialabbau,
gestaltet mit uns diese Schau.

Wir zahlen nicht für Eure Krise,
das sei für alle die Devise.
Hartz IV und NATO abgeschafft,
das bringt uns allen neue Kraft.

Am 04.04. – 14.00 Uhr Luisenplatz,
ich bin schon dort mit meinem Schatz,
und bringst Du auch noch Freunde mit,
dann wird's ein Brandenburger Hit.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

**Miteinander
verändern!**

Glückwünsche

Dr. Käthe Vogeler-Seelig in Rangsdorf zum 94. Geburtstag am 18.04.
Elma Noth in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 18.04.
Christel Hein in Zossen zum 72. Geburtstag am 23.04.
Bernhard Bartusch in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 24.04.
Reinhold Roth in Dahme/Mark zum 81. Geburtstag am 29.04.
Gisela Länge in Luckenwalde zum 84. Geburtstag am 01.05.
Gisela Schulz in Blankenfelde zum 83. Geburtstag am 01.05.
Erika Dziggel in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 02.05.
Gisela Gutjahr in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 05.05.
Gerda Urban in Jüterbog zum 87. Geburtstag am 06.05.
Gerhard Lämmel in Nächst Neuendorf zum 86. Geburtstag am 07.05.
Luzie Frank in Mahlow zum 81. Geburtstag am 08.05.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

Karl-Peter Schneider in Blankenfelde zum **60.** Geburtstag am 28.04.
Freimut Klein in Blankenfelde zum **85.** Geburtstag am 01.05.
Gertraude Hummel in Dahlewitz zum **75.** Geburtstag am 05.05.
Lothar Marsch in Luckenwalde zum **70.** Geburtstag am 06.05.
Eberhard Hoeltke in Jüterbog zum **70.** Geburtstag am 07.05.
Juliane Eckhardt in Ludwigsfelde zum **20.** Geburtstag am 07.05.

Gerda sorgte für tolle Stimmung

Gerda kommt, und wenn sie sagt, sie kommt, kommt sie prompt. Und das mit viel Witz, dem ihr eigenen Charme und Power. Sie kam zu unserer Frauentagsfeier, zu der der Kreisvorstand, der Gebietsvorstand und der Stadtverband am 4. März eingeladen hatten. Frank Haferburg hat uns den Raum in der WÜST (ehemalige Wärmeübertragungsstation) in der Arndtstraße organisiert und mit einigen fleißigen Helferinnen die nötigen Vorbereitungen getroffen. Es wurden Kuchen gebacken, Stullen belegt, Kaffee gekocht und die Räumlichkeit liebevoll hergerichtet. Rudi Haase fand die richtigen Worte und nachdem wir alle mit einem Glas Sekt angestoßen hatten, ließen wir es uns schmecken. Und dann kommt Gerda ins Spiel. Gerda Krebs, die Powerfrau, die mit ihrem Akkordeon für Stimmung sorgte. Man ist ja bei Gerda Krebs nicht nur Publikum. Nein, man darf auch Akteur sein. Und so sorgte sie für kurzweilige Unterhaltung. Weil auch die beste Stimmung-

kanone mal eine Pause brauchte, sind dann die anwesenden Männer und auch Frauen in die Bresche gesprungen und haben Heiteres zum Besten gegeben. Es war durch und durch ein gelungener Nachmittag. Wir freuen uns aufs nächste Mal.

Überraschung und Freude wurden bei Patientinnen, Besucherinnen und Mitarbeiterinnen des DRK - Krankenhauses Luckenwalde deutlich, als am 8. März die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan mit Vertretern der Linksfraktion des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung Glückwünsche zum „Internationalen Frauentag“ überbrachte. „Dass ihr daran gedacht habt!“ war wohl der häufigste Ausspruch an diesem Tag. Die rote Nelke und die guten Wünsche für uns Frauen wurden dankbar angenommen. Wir wollen aber neben aller Freude auch noch kurz an die Geschichte und den politischen Inhalt dieses Tages erinnern. Als die Sozialisti-

sche Frauenkonferenz 1910 beschloss, dass alle Frauen an einem Tag im März gemeinsam feiern und für ihre Rechte streiten sollten und damit den Grundstein für den „Internationalen Frauentag“ legten, war ihnen sicher nicht bewusst, dass noch 100 Jahre später dieses Ziel an Aktualität nichts eingebüßt hat. Denn Gleichberechtigung sieht anders aus. Frauenhäuser und Frauenarmut gehören zu unserem Alltag. In der Arbeitslosenstatistik nehmen Frauen einen vorderen Platz ein. Bei den Löhnen gibt es ein dramatisches Gefälle. Frauen erhalten im EU-Durchschnitt 17,4% weniger Lohn als Männer, für gleiche Arbeit. Deutschland liegt mit 23% noch über dem Durchschnitt. Diese kleine Auswahl sollte uns bewusst machen, wo wir stehen und was es noch zu erkämpfen gilt. Deshalb ist der Frauentag ein Tag zum Feiern, aber auch zum Kämpfen.

*Gabi Pluciniczak, Berkenbrück
Marianne Richter, Luckenwalde*

1. Mai 2009**Im Zeichen der Europawahl****19. Familienfest DIE LINKE. Teltow-Fläming*****Boulevard Luckenwalde***

14.00 Uhr Eröffnung durch Kornelia Wehlan MdL, Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE. TF
Zwischen 14.00 und 19.00 Uhr bei beliebiger Live-Musik mit der Gruppe „Phönix“ und dem Luckenwalder
Blasorchester, dem LKK, der Hundeschule Wittrowski und neuen Überraschungen für Auge und Ohr

- Kaffee und Kuchen, unsere beliebte Tombola, Antiquariat mit Büchern, Schallplatten und CD's
 - Broschüre des Kreisverbandes: „Umbrüche - 20 Jahre nach der Wende“
 - Abgeordnetenzentrum mit dem Jugendmobil der Landtagsfraktion DIE LINKE.
 - Europaquiz mit Sachpreisen
 - Infostände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften; Minibücher
- Für unsere kleinen Gäste:
- Happy Bouncer Spieleshow aus Potsdam und der Mobile Fahrradparcour



Für das leibliche Wohl sorgt die Gaststätte „Eckbusch“

Termine

08.04.09 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

14.04.09 18.30 Uhr

Koordinierungsrat
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

18.04.09 10.00 Uhr

Vertreterkonferenz zur Wahl des
Direktkandidaten im Wahlkreis 63
für die Bundestagswahl am 27.
September 2009
Amtsstuben in Schönefeld

20.04.09 19.00 Uhr

Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

22.04.09 19.00 Uhr

„Jüterboger Gespräche“
mit Peter Sodann
Kulturquartier Jüterbog

27.04.09 18.30 Uhr

Vers. BO-Vorsitzende
Gebietsverband Zossen
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

01.05.09 10.00 Uhr

Traditioneller Politfrühschoppen
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

01.05.09 10.00 Uhr

Maiveranstaltung der BO Mahlow
Vereinshaus H.-Heine-Straße

04.05.09 17.00 Uhr

Sprecherrat Blankenfelde
Alte Aula Blankenfelde

08.05.09 10.00 Uhr

Kranzniederlegung
Friedhof Ludwigsfelde

09.05.09 10.00 Uhr

Kommunalkonferenz mit
Helmuth Markov
Kreishaus Luckenwalde

11.05.09 19.30 Uhr

Veranstaltung zur Europawahl
mit Lothar Bisky
„Grüne Passage“ Blankenfelde

Mit tiefer Trauer haben wir
erfahren, dass unser

Genosse

Manfred Klein

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

DIE LINKE Kreisverband
Teltow-Fläming

Wir trauern um unsere

Genossin

Gertrud

Kutschenreuther

Wir werden ihr Andenken
in Ehren halten.

DIE LINKE Kreisverband
Teltow-Fläming

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36

14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 18. März 2009, der nächsten Ausgabe: 8. April 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

www.dielinke-teltow-flaeming.de / info@dielinke-teltow-flaeming.de